

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4 und 3
Fachbereich 9/2 und 6/1
Bearbeitet von: Herrn Schlenther und Herrn Opitz

Datum
27.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss nach § 61 GO 10.04.2002

Rat 24.04.2002

Betreff:

**Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB Siegen-Mitte;
hier: Sachstand, Rahmenbedingungen
Vertragsabschluss mit der VWS AG**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Abschluss des Vertrages zur Errichtung eines dynamischen Busdispositions- und Fahrgastinformationssystems am ZOB in Siegen-Mitte gemäß Anlage.

Sachverhalt / Begründung:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 16.05.2001 die Verwaltung beauftragt, in Nachverhandlungen mit der VWS zu treten mit dem Ziel, dass die Stadt lediglich die Beschaffung und Installation sowie die Kosten des Busdispositionssystems (abzüglich Zuschüsse) übernimmt und dass der Betrieb und die weiteren Kosten von der VWS getragen werden.

Im Sinne dieser klaren Abgrenzung der Aufgaben zwischen Stadt und VWS wurden erneute Verhandlungen geführt.

Gesetzliche Grundlagen des ÖPNV

Gemäß § 2 des Regionalisierungsgesetzes NW vom 07.03.1995 ist die Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV eine Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte sowie der mittleren und großen kreisangehörigen Städte, die ein eigenes ÖPNV-Unternehmen betreiben oder an einem solchen wesentlich beteiligt sind.

Im Ortsverkehr kann der Kreis gemäß § 4 des Gesetzes einer kreisangehörigen Gemeinde im Einvernehmen Aufgaben übertragen. Die Gemeinden können auch ohne Übertragung das ÖPNV-Angebot erweitern oder die Übertragung verlangen.

Aus der Aufgabenzuweisung ergibt sich grundsätzlich die Zuständigkeit des Kreises Siegen-Wittgenstein für alle organisatorischen Maßnahmen, die den ÖPNV betreffen, allerdings im Rahmen der freiwilligen Selbstverwaltung (§ 3 Regionalisierungsgesetz NW). Hierzu hat der Kreis durchgehend erklärt, dass er die mit dem ZOB verbundene Aufgabenerledigung auf die VWS übertragen habe und es Sache der Stadt sei, entsprechende vertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Der Rat der Stadt hat am 08.10.1997 den Bau des Zentralen Omnibusbahnhofes und des Busbereitstellungsplatzes beschlossen. Das Konzept umfasst auch die Realisierung des dynamischen Busdispositionssystems als integralen und erforderlichen Bestandteil des neuen ZOB. Die Stadt hat mit dieser planerischen und technischen Festlegung eine räumliche Vorgabe zur Betriebsabwicklung des ÖPNV gemacht. Hieraus folgt, dass der Stadt für die erstmalige Herstellung des Gesamtprojektes die Handlungspflicht zukommt. Diese Handlungspflicht erfüllt die Stadt durch die Beschaffung des BDS.

Rahmenbedingungen

Entsprechend der Festlegung im Haupt- und Finanzausschuss vom 16.05.2001 konnte mit der VWS der Vertrag zum BDS in der Weise ausgehandelt werden, dass Verpflichtungen aus Betrieb und Unterhaltung des BDS von der VWS übernommen werden.

Das BDS wird ca. 1.790.000,00 € Kosten verursachen. Auf die förderfähigen Kosten wird ein Landeszuschuss von 90 % gewährt.

Der künftige BBP wird mind. 27 Buswartepplätze umfassen, davon 22 für die VWS. Der BBP dient auch den Bussen der BRS Busverkehr Ruhr-Sieg GmbH. Auf der Fläche soll auch das Sozialgebäude für die Einsatzfahrer der VWS integriert werden. Für die erforderliche Fläche wird zwischen der Stadt und der VWS ein Pachtvertrag abgeschlossen. Die VWS trägt die Kosten für Grundstück und Gebäude.

Zur Grundstückssituation

Busdispositionssystem und Busbereitstellungsplatz bilden die erwähnte Abhängigkeit. Von daher stehen die vertraglichen Regelungen zwischen der Stadt und der VWS unter dem Vorbehalt des Grunderwerbes durch die Stadt Siegen. Die Flächen des BBP befinden sich derzeit noch im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Die Verhandlungen zum Grunderwerb sind auf gutem Wege.

Normenkontrollverfahren zum Bebauungsplan Nr. 287 "An der Unterführung / Fischbacherbergstraße"

In der Verwaltungsvorlage vom 09.05.2001 war mitgeteilt worden, dass das Oberverwaltungsgericht NW voraussichtlich im September 2001 eine Entscheidung treffen wird. Zwischenzeitlich hat das OVG NW mitgeteilt, dass die Terminierung für Anfang Juni 2002 vorgesehen ist. Die Verwaltung hat alle verfahrensnotwendigen Schritte veranlasst.

Erläuterungen zu den Vertragsregelungen

Zur Präambel

Wie schon erwähnt, sieht der Vertrag die Errichtung von mind. 27 Buswarteplätzen auf dem BBP vor, davon 22 zugunsten der VWS. Das dynamische BDS bedient ZOB und BBP. Eine Erweiterung des BDS auf das "Kölner Tor" ist vorgesehen.

Weitere Bedingungen ergeben sich aus Ziff. 7 der Präambel.

Zu § 1 - Anschaffung des BDS

Geregelt ist das erforderliche Abstimmungsverfahren zwischen der Stadt und der VWS.

Die Stadt schreibt das BDS aus, und zwar als Los 1 (Auftrag zur Errichtung und Wartung für die Zeit der Zweckbindung von 10 Jahren). Des Weiteren wird als Los 2 von der Stadt für die VWS und auf deren Kosten eine Leistungsbeschreibung zur Anpassung der Einrichtungen der VWS an das BDS erstellt. Die VWS ist Auftraggeber für Los 2. Der Hersteller bzw. Lieferant wird zu einem Probetrieb von 4 Monaten vor der Abnahme verpflichtet.

Wesentliche Vertragsgrundlage ist die Gewährung der öffentlichen Zuschüsse.

Zu § 2 - Aufgaben der Stadt

Vorgesehen ist, dass die Stadt die Planung (Los 1 und Los 2) und Ersteinrichtung (nur Los 1) übernimmt sowie die Fördermittel beantragt und mit dem Zuschussgeber abwickelt.

Zu § 3 - Aufgaben der VWS

Die VWS wird das BDS nach dem Probetrieb von 4 Monaten in ihr Eigentum übernehmen. In die Zuständigkeit der VWS fällt die Versorgung des BDS mit den erforderlichen Daten für den Betrieb des Systems.

Des Weiteren obliegt die Durchsetzung evtl. Gewährleistungsansprüche und der Abschluss der Nutzungsverträge mit den Drittnutzern der VWS.

Zu § 4 - Betriebskosten

Die VWS übernimmt die laufenden Betriebskosten, den Aufwand für die Datenbearbeitung sowie den Fahrgastservice und erhöhten Wartungsaufwand für die Funksysteme.

Zu § 5 - Laufzeit

Der Vertrag gilt für die Dauer der Zweckbindung des Zuwendungsbescheides (10 Jahre). Der Heimfall an die Stadt ist ausgeschlossen.

Begleitschreiben der Stadt an die VWS

In den Verhandlungen hat es sich als zweckmäßig erwiesen, dem eigentlichen Vertrag ein Begleitschreiben beizufügen, in dem die Stadt zu einzelnen Vertragsregelungen erläuternde Erklärungen abgibt. Diese Erklärungen beziehen sich auf folgende Vertragsteile :

- (1) Präambel, Ziff. 6:
Die Stadt bestätigt der VWS, dass das BDS im vollautomatischen Betrieb gefahren wird (für den es auch ausgeschrieben wird). Die VWS hatte die Sorge, dass sie bei Störfällen oder Dateneingabe Dritter selbst die Behebung und manuelle Verarbeitung vornehmen müsse.
- (2) Zu § 1 Ziff. 1:
Die Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die VWS die Leistungsbeschreibung des BDS nur bedingt prüfen kann, stellt aber auch fest, dass zu den Möglichkeiten der VWS ggf. die Beschaffung der erforderlichen Fachkunde durch einen Dritten gehört.
- (3) Zu § 1 Ziff. 4:
Die Stadt bestätigt, dass die Kostenübernahme durch die VWS für die Anschaffung und Ausrüstung stationärer und mobiler Einrichtungen (Los 2 - Auftraggeber und Kostenträger VWS) auf 15 % begrenzt ist. Dieser Betrag ist auskömmlich und stellt die Stadt von der Mitfinanzierung frei, indem Landeszuschüsse einfließen. Die Planungskosten für Los 2 trägt die VWS abzüglich Landesförderung. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Restkosten durch Zuschüsse des Landes gedeckt sind.
- (4) Zu § 4 Ziff. 1:
Die Stadt Siegen bestätigt, dass nach ihrer Berechnung die laufenden Betriebskosten max. 25.565,00 € jährlich betragen werden. Sofern dieser Wert um mehr als 50 % überschritten werden sollte, sind die VWS insoweit nicht zur Kostenübernahme verpflichtet. Dieser Kostenübernahmevertrag ist geprüft worden und stellt die Stadt von den genannten spezifischen Betriebskosten frei.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja, später ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1.790.000,00 €	25.565,00 € Träger: VWS	200.000,00 € abzgl. Anteil VWS	1.590.000,00 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 700.000,00 € + VE 1 Mio. €	Haushaltsstelle 1.631.9555.0
---	-----------------------------------	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: keine